

Entschließungsantrag **der Fraktion der SPD**

zu der vereinbarten Debatte zu Substanzsteuern

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag schließt sich der nachfolgenden Entscheidung des Vermittlungsausschusses vom 5. Dezember 1996 an und fordert die Bundesregierung auf, entsprechend zu handeln:

„Der Vermittlungsausschuß erwartet, daß die Bundesregierung bis zum 30. Juni 1997 dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf vorlegt

- zur Abschaffung der Vermögensteuer auf Betriebsvermögen,
- zur Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer mit der Maßgabe einer grundgesetzlichen Absicherung der Gewerbeertragsteuer bei gemeindegenauem Ersatz der wegfallenden Steuereinnahmen durch Beteiligung an der Umsatzsteuer sowie
- zur verfassungskonformen Neuregelung der Besteuerung privater Vermögen.“

Bonn, den 11. Dezember 1996

Rudolf Scharping und Fraktion

